Große Anfrage

**der Fraktion der SPD und
der Fraktion der FDP/DVP**

und

Antwort

der Landesregierung

Schlussfolgerungen der Landesregierung aus der Reise des Ausschusses des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen nach Estland

Große Anfrage

Wir fragen die Landesregierung:

- I. Fragen zur digitalen Authentifizierungsmöglichkeit am Beispiel von Estland
 1. Welche Rückschlüsse zieht die Landesregierung aus der Reise des Ausschusses des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen für die zukünftige Betrachtung für digitale Authentifizierungsmöglichkeiten in Baden-Württemberg?
 2. Wie bewertet die Landesregierung den Stellenwert einer Authentifizierungslösung für Bürgerinnen und Bürger und für den Erfolg der Digitalisierungsstrategie von Behördenprozessen?
 3. Wie bewertet die Landesregierung die Abhängigkeit von nur einer Authentifizierungslösung für Bürgerinnen und Bürger?
 4. Inwiefern wurde bereits mit der Entwicklung eines digitalen Authentifizierungsmodells für Bürgerinnen und Bürger begonnen?
 5. Welche digitalen Authentifizierungsmöglichkeiten für Bürgerinnen und Bürger werden aktuell in Baden-Württemberg von Landesbehörden, Landkreisen und Kommunen eingesetzt?
 6. Welche Einsparungspotenziale erwartet die Landesregierung durch die Verwendung einer vertrauenswürdigen digitalen Authentifizierungslösung im Umfeld von Behördenprozessen (im Sinne von einzusparenden Stellen in Vollzeitäquivalenten)?

7. Wie bewertet die Landesregierung das von Estland genutzte Authentifizierungsmodell hinsichtlich Sicherheit, Nutzbarkeit und Implementierung in baden-württembergische Behördenprozesse?
8. Welche alternativen Authentifizierungsverfahren für Unternehmen und Bürgerinnen und Bürger wären aus Sicht der Landesregierung für einen Einsatz in Baden-Württemberg möglich bzw. wünschenswert?
9. Hat die Landesregierung sich mit dem frei zugänglichen und kostenlosen Open-Source-Code, der von Estland für die Authentifizierung verwendet wird, auseinandergesetzt und falls ja, wie bewertet sie diesen im Hinblick auf eine Übernahme für Baden-Württemberg?
10. Wenn das Land Baden-Württemberg sich für eine Authentifizierungs-Lösung auf Basis des Open-Source-Codes nach estnischem Vorbild entscheiden würde, wie lange würde eine technische Implementierung hierfür dauern bis Bürgerinnen und Bürger sich damit authentifizieren können?
11. Gibt es darüber hinaus Überlegungen, die digitale Authentifizierung auch für Drittanwendungen in begrenztem Rahmen bei Zustimmung des Unternehmens bzw. der Person verfügbar zu machen?
12. Welche Rechtsvorschriften müssten auf Landesebene und Bundesebene angepasst werden, um eine digitale Authentifizierungsmethode nach estnischem Vorbild einzuführen?
13. Inwieweit würde die Einführung einer vertrauenswürdigen digitalen Identität einen Mehrwert für Unternehmen bringen und Behördenprozesse in Baden-Württemberg beschleunigen?
14. Plant die Landesregierung im Zuge der Entwicklung einer digitalen Authentifizierung auch eine alltagstaugliche digitale Signatur, welche für Rechtsgeschäfte eingesetzt werden kann?
15. Welche Rechtsvorschriften müssten auf Landesebene und Bundesebene angepasst werden, um eine digitale Signatur, etwa nach estnischem Vorbild einer fünfstelligen PIN, einzuführen?
16. Welches Bundesland ist im Rahmen der „Einer-für-alle“-Umsetzung für die Erstellung und Bereitstellung von digitalen Authentifizierungslösungen zuständig, unter besonderer Darstellung, wie der Stand der Umsetzung und Übernahme durch andere Bundesländer ist?
17. Beteiligt sich Baden-Württemberg an Projekten mit dem Ziel eines Aufbaus von digitalen Authentifizierungslösungen und digitalen Identitäten?
18. Wie würde die Landesregierung eine solche Struktur für ein digitales Authentifizierungsmodell in der technischen Funktionsweise auf kommunaler, Länder- und Bundesebene umsetzen?
19. Welche Maßnahmen verfolgt die Landesregierung, um redundante Datenbestände bei Ämtern abzubauen?
20. Wie verfolgt die Landesregierung die Schaffung einer Infrastruktur zum Abbau solcher Datenbestände?
21. Wo sieht die Landesregierung, neben Authentifizierungslösungen und dem Breitband- und 5G-Ausbau, weitere Handlungsbedarfe bei der Schaffung von „Back-End“, also Hintergrundinfrastruktur, auf Landesebene?

22. Welche Arten der rechtssicheren Kommunikation auf digitalem Weg gibt es im Umgang mit dem Land, dessen nachgelagerten Behörden und Behörden auf kommunaler Ebene, unter besonderer Darstellung, ob es eine Online-Plattform gibt, über die rechtssicher Nachrichten an öffentliche Stellen im Land versandt werden können?
23. Wie bewertet die Landesregierung den Sachstand und die geplanten Vorhaben des Bundes zur Einführung einer digitalen Identität mit Blick auf Baden-Württemberg?
24. Wie bewertet die Landesregierung sogenannte Mobile-IDs, also einen elektronischen Ersatz für den physischen Personalausweis oder Führerschein, hinsichtlich Fälschungssicherheit, Rechtssicherheit, Datensicherheit und Datenschutz?
25. Welche Dienste können bereits mit der Online-Ausweisfunktion des Personalausweises in Baden-Württemberg ausgeführt werden und wo sieht die Landesregierung hierbei Hürden in der Anwendung für Bürgerinnen und Bürger?

II. Fragen zu Digitalisierung der Regierungsarbeit am Beispiel von Estland

1. Welche digitalen Tools verwendet die Landesregierung zur Abstimmung ihrer Positionen und Beschlüsse bzw. auf welche Art und Weise kommen diese zu Stande?
2. In welchem Umfang kommen Online-Sitzungen bei Abstimmungsrunden der Kabinettsmitglieder bzw. der Staatssekretäre und Amtschefs zum Einsatz?
3. Welche digitalen Tools werden von der Landesregierung für Videokonferenzen verwendet?
4. Welche Maßnahmen unternimmt die Landesregierung und hier insbesondere das Staatsministerium, um die Arbeit des Kabinetts papierlos zu gestalten?
5. Wie ist der Stand bei der rein elektronischen Veröffentlichung des Landesgesetzblattes in Baden-Württemberg?

25.1.2023

Stoch, Binder, Hoffmann
und Fraktion

Dr. Rülke, Haußmann, Karrais
und Fraktion

Begründung

Grundlage der Großen Anfrage stellt die Ausschussreise nach Estland und Finnland des Ausschusses des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen im Oktober 2022 dar. In Estland werden bereits 99 Prozent der Behördenprozesse digital angeboten. Als Grundlage der digitalen Identifikation und des Validierungsprozesses wird den Bürgerinnen und Bürgern durch eine digitale Authentifizierung die Möglichkeit geboten, ihre Identität gegenüber den hiesigen Behörden digital darzulegen.

Eine digitale Authentifizierungsmöglichkeit kann für die Zukunft der Digitalisierung von Behördenprozessen auch im Kontext des Onlinezugangsgesetzes dazu führen, eine sichere und medienbruchfreie Bearbeitung von Behördenprozessen in Baden-Württemberg voranzubringen. Ebenso bringen die in Estland dargelegten Strukturen in den Bereichen der inneren Sicherheit auch Fragen der Leitstellen in Baden-Württemberg auf.

Daher stellen sich für die Fraktionen SPD und FDP/DVP die Fragen, wie sich die Landesregierung am Beispiel des europäischen Nachbarn Estland eine digitale Authentifizierungsmöglichkeit vorstellt und wie digitale Tools bereits in die Regierungsarbeit in Baden-Württemberg mit einfließen.

Antwort

Schreiben des Staatsministeriums vom 8. März 2023 Nr. STM14-160-2/9/3:

In der Anlage übersende ich unter Bezugnahme auf § 63 der Geschäftsordnung des Landtags von Baden-Württemberg die von der Landesregierung beschlossene Antwort auf die Große Anfrage.

Hassler

Staatssekretär

Anlage: Schreiben des Ministeriums des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen

Mit Schreiben vom 23. Februar 2023 Nr. IM5-0144.5-85/20 beantwortet das Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen im Namen der Landesregierung die Große Anfrage wie folgt:

Vorbemerkung

Die Fragen dieser Großen Anfrage beziehen sich ganz überwiegend auf das Thema der elektronischen Identität. Daher werden zunächst die rechtlichen Rahmenbedingungen und ihre Zusammenhänge erläutert.

Die digitale Identität hat mit der eIDAS-Verordnung (Verordnung [EU] Nr. 910/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Juli 2014 über elektronische Identifizierung und Vertrauensdienste für elektronische Transaktionen im Binnenmarkt und zur Aufhebung der Richtlinie 1999/93/EG [eIDAS-VO]) eine umfassende Regelung auf europäischer Ebene erfahren. Als EU-Verordnung ist diese unmittelbar geltendes Recht in allen EU-Mitgliedstaaten sowie im Europäischen Wirtschaftsraum (EWR).

Die eIDAS-VO legt Regeln für die elektronische Identifikation und vertrauenswürdige Dienste in der Europäischen Union, d. h. die rechtlichen Rahmenbedingungen für elektronische Identifikation, Authentifizierung und vertrauenswürdige Dienste fest. Die wichtigsten Aspekte hierbei sind:

1. Elektronische Identifikation: Die Verordnung definiert elektronische Identifikationen als eindeutige elektronische Merkmale, die eine natürliche oder juristische Person identifizieren.
2. Vertrauensdienste: Die Verordnung legt die Anforderungen für vertrauenswürdige Dienste wie elektronische Signaturen, Zeitstempel und Aufbewahrungsdienste fest.
3. Interoperabilität: Die Verordnung fördert die Interoperabilität elektronischer Identifikations- und Authentifizierungsdienste innerhalb der EU.
4. Rechtsverbindlichkeit: Elektronische Signaturen und andere vertrauenswürdige Dienste haben die gleiche rechtliche Wirksamkeit wie herkömmliche Unterschriften.
5. Datenschutz: Die Verordnung legt hohe Anforderungen an den Schutz personenbezogener Daten fest, um sicherzustellen, dass elektronische Identifikations- und Authentifizierungsdienste sicher und vertrauenswürdig sind.

In Deutschland wurde zur Umsetzung der eIDAS-VO im Juli 2017 das Gesetz zur Durchführung der Verordnung (EU) Nr. 910/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Juli 2014 über elektronische Identifizierung und Vertrauensdienste für elektronische Transaktionen im Binnenmarkt und zur Aufhebung der Richtlinie 1999/93/EG (eIDAS-Durchführungsgesetz) und damit auch das Vertrauensdienstegesetz (VDG) verabschiedet. Mit dem VDG wurde die Nutzung elektronischer Vertrauensdienste in Deutschland deutlich erleichtert. Bekanntester Vertrauensdienst ist die seit Jahren als „digitale Unterschrift“ verwendete elektronische Signatur. Mit eIDAS kommen weitere hinzu: Das elektronische Siegel, der elektronische Zeitstempel, elektronische Zustelldienste und Webseitenzertifikate.

Die Online-Ausweisfunktion (auch eID-Funktion genannt) des deutschen Personalausweises nach § 18 des Personalausweisgesetzes (PAuswG), des Aufenthaltstitels nach § 78 Absatz 5 des Aufenthaltsgesetzes (AufenthG) und der eID-Karte für Bürgerinnen und Bürger der EU und des EWR nach § 12 des eID-Karte-Gesetzes (eIDKG) wurde von der Bundesrepublik Deutschland als elektronisches Identifizierungssystem nach der eIDAS-VO auf dem höchstmöglichen Vertrauensniveau notifiziert. Die eID-Funktion ermöglicht es, sich online auszuweisen, also digital zu identifizieren und zu authentisieren.

Mit ihrer am 31. August 2022 vorgelegten Digitalstrategie verfolgt die Bundesregierung u. a. das Ziel, die Verwendung und Einsetzbarkeit digitaler Identitäten deutlich voranzutreiben („Digitalstrategie Gemeinsam digitale Werte schaffen“). So soll bis 2025 in mindestens fünf Wirtschaftssektoren eine staatlich bereitgestellte digitale ID zur Identifizierung genutzt werden, mit der Behördengänge digital möglich sind. Außerdem sollen der Personalausweis und der Führerschein zur Nutzung auf dem Smartphone verfügbar sein.

Auch mit dem Entwurf des Gesetzes zur Änderung des Onlinezugangsgesetzes sowie weiterer Vorschriften (OZG-Änderungsgesetz, sog. „OZG 2.0“) verfolgt die Bundesregierung den Aufbau eines nutzerfreundlichen Ökosystems für digitale Identitäten und ein behördenübergreifendes Nutzerkonto, welches über eine Identifizierungs- und Authentifizierungsfunktion verfügt und verschiedene Identifizierungsmittel mit ihren verschiedenen Vertrauensniveaus, z. B. in Gestalt der eID-Funktion des Personalausweises, miteinander und mit einem Postfach bündelt.

Im Referentenentwurf des Bundesministeriums des Innern und für Heimat (Stand vom 20. Januar 2023) ist mit § 3 OZG-E eine Regelung enthalten, die öffentliche Stellen, die Verwaltungsleistungen im Portalverbund bereitstellen, verpflichtet, das Bürgerkonto anzubinden. Eigene Lösungen auf Landesebene wären in diesem Fall nicht mehr nötig und sinnvoll und sind bereits heute aus Gründen der Wirtschaftlichkeit in Frage zu stellen. Mit dem zentralen Organisationskonto soll ein weiteres Nutzerkonto etabliert werden, das Unternehmen oder Behörden im Sinne des § 3 Absatz 1 Unternehmensbasisdatenregistergesetz zur Identifizierung und Authentifizierung zur Verfügung steht. Die Landesregierung erkennt hierin einen wichtigen Schlüssel, um digitale Dienste über eine verbindliche, rechtssichere und bundesweit einheitliche digitale Identifikation anbieten zu können.

Vor dem Hintergrund des hier dargestellten, auf EU- und nationaler Ebene etablierten Regelungsregimes, der eingeschränkten Gesetzgebungsbefugnis auf Landesebene sowie der Zielsetzung der Bundesregierung, bis 2025 die Nutzung der digitalen Identifikation zu verbessern und zu verbreitern, erkennt die Landesregierung keine Notwendigkeit, eigene Umsetzungsüberlegungen anzustellen. Von der auf der Bundesebene veranlassten und weiterhin zu veranlassenden Umsetzung der eIDAS-VO und der zu ihrer Umsetzung beschlossenen Vorschriften abzuweichen, ist rechtlich kaum möglich und nach Überzeugung der Landesregierung in der Sache nicht sinnhaft. In kaum einem anderen Rechtsbereich ist die Notwendigkeit EU- und bundesweiter einheitlicher Regelungen und Regelungsumsetzung so augenfällig wie im hier gegenständlichen.

Auch im angrenzenden Regelungsbereich des Pass-, Melde- und Ausweiswesens gilt seit jeher die ausschließliche Gesetzgebungskompetenz des Bundes (Artikel 71, 73 Grundgesetz), die ihrerseits Vorgaben des europäischen Rechts umsetzt.

Dies vorausgeschickt beantwortet die Landesregierung die Große Anfrage wie folgt:

I. Fragen zur digitalen Authentifizierungsmöglichkeit am Beispiel von Estland

1. Welche Rückschlüsse zieht die Landesregierung aus der Reise des Ausschusses des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen für die zukünftige Betrachtung für digitale Authentifizierungsmöglichkeiten in Baden-Württemberg?

Zu I. 1.:

Für Bürgerinnen und Bürger als natürliche Personen ebenso wie für Unternehmen, Vereine, Behörden und weitere juristische Personen stellt eine bundesweit einheitliche und einfach zu verwendende Identifizierung und Authentifizierung einen erheblichen Mehrwert dar. Diese Erkenntnis wurde durch die Reise des Ausschusses des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen bestätigt.

2. Wie bewertet die Landesregierung den Stellenwert einer Authentifizierungslösung für Bürgerinnen und Bürger und für den Erfolg der Digitalisierungsstrategie von Behördenprozessen?

Zu I. 2.:

Die Authentifizierung ist von entscheidender Bedeutung für die Sicherheit von Bürgerinnen und Bürgern sowie Unternehmen bei Online-Transaktionen mit Behörden. Sie gewährleistet den Schutz persönlicher Daten und Informationen und stellt sicher, dass nur berechtigte Personen Zugang zu diesen haben. Für Behörden wird erst dadurch die Möglichkeit zur Vereinfachung und Automatisierung geschaffen. Eine zuverlässige, sichere und einfach zu verwendende Authentifizierungslösung ist daher von großer Bedeutung für den Erfolg der Digitalisierungsstrategie von Behördenprozessen, da sie dazu beiträgt, das Vertrauen der Bürgerinnen, Bürger und Unternehmen in den digitalen Raum und insbesondere auch die digitale Verwaltung zu stärken und den reibungslosen Ablauf von Online-Transaktionen wie zum Beispiel der Inanspruchnahme von Verwaltungsleistungen zu gewährleisten. Die Authentifizierung ist somit ein zentraler Bestandteil jeglicher E-Government-Lösungen.

Im Oktober 2022 beschloss die Landesregierung die weiterentwickelte Digitalisierungsstrategie digital.LÄND. Darin wurden insbesondere die Entlastungen für Bürgerinnen und Bürger hervorgehoben, die durch das Once-Only-Prinzip erreicht werden sollen, indem sie ihre Daten nur einmal angeben müssen und diese dann sicher zwischen den Behörden ausgetauscht werden.

3. Wie bewertet die Landesregierung die Abhängigkeit von nur einer Authentifizierungslösung für Bürgerinnen und Bürger?

Zu I. 3.:

Es ist allgemein bekannt, dass eine Abhängigkeit von einer einzigen Authentifizierungslösung potenzielle Risiken birgt, einschließlich einer eingeschränkten Wahlmöglichkeit für Bürgerinnen und Bürger sowie einer möglichen Single-Point-of-Failure-Situation, bei der ein Fehler oder eine Störung in der Authentifizierungslösung zu einem Ausfall des gesamten Systems führen kann. In der Informationstechnologie sind zwar verschiedene Maßnahmen bekannt, um die Eintrittswahrscheinlichkeit insbesondere der technischen Risiken zu vermindern. Eine Vielfalt an Authentifizierungslösungen ist aber prinzipiell sinnvoll und kann die Flexibilität und Zugänglichkeit für Bürgerinnen und Bürger zu erhöhen.

Die eIDAS-VO legt vor diesem Hintergrund innerhalb der EU lediglich Mindestanforderungen für Authentifizierungslösungen fest und regelt, unter welchen Voraussetzungen solche Lösungen akzeptiert werden müssen. Darüber hinaus ist es insbesondere Unternehmen möglich, eigene Authentifizierungslösungen je nach Einsatzszenario anzubieten, sofern es keine rechtlichen Gründe gibt, die dem entgegenstehen.

4. Inwiefern wurde bereits mit der Entwicklung eines digitalen Authentifizierungsmodells für Bürgerinnen und Bürger begonnen?

Zu I. 4.:

In Deutschland hat die Bundesregierung im Rahmen ihrer Digitalstrategie das Vorhaben angekündigt, bis 2025 den Online-Ausweis in der Nutzung zu vereinfachen, auf das Smartphone zu bringen und die staatlich bereitgestellte digitale ID bedienerfreundlich und anschlussfähig zu machen an das Ökosystem digitaler Identitäten, vgl. bereits die Ausführungen in der Vorbemerkung. Hierfür arbeitet die Bundesregierung mit der Wirtschaft und anderen Akteuren zusammen. Es gibt bereits erste Ansätze für das Modell, aber es ist noch im Entwicklungsstadium, sodass noch nicht feststeht, wie es letztendlich aussehen wird.

Bislang ist nach § 3 OZG festgelegt, dass Bund und Länder im Portalverbund Nutzerkonten bereitstellen, über die sich Nutzerinnen und Nutzer für die im Portalverbund verfügbaren elektronischen Verwaltungsleistungen von Bund und Ländern einheitlich identifizieren und authentifizieren können. Baden-Württemberg erfüllt diese Anforderung über das Dienstleistungsportal des Landes „service-bw“, welches am föderierten Identitätsmanagement interoperabler Nutzerkonten (FINK) teilnimmt und somit bundesweit integriert ist.

Im Bereich der Justiz hat die Bund-Länder-Kommission für Informationstechnik in der Justiz (BLK) für den elektronischen Rechtsverkehr (ERV) zwischen den Gerichten und Justizbehörden und ihren Kommunikationspartnern bereits seit dem Jahr 2004 eine elektronische Kommunikationsinfrastruktur, das elektronische Gerichts- und Verwaltungspostfach (EGVP), geschaffen. Die EGVP-Infrastruktur ermöglicht die verschlüsselte Übertragung von Dokumenten und Akten zwischen authentifizierten Teilnehmerinnen und Teilnehmern.

Als Teil der Infrastruktur für die elektronische Kommunikation wurde ein umfassender Registrierungsdienst (SAFE – Secure Access to Federated E-Justice/ E-Government) als universelles, föderiertes Identitätsmanagementsystem entwickelt und implementiert. Das SAFE-System wurde im Jahr 2011 in Betrieb genommen.

5. Welche digitalen Authentifizierungsmöglichkeiten für Bürgerinnen und Bürger werden aktuell in Baden-Württemberg von Landesbehörden, Landkreisen und Kommunen eingesetzt?

Zu I. 5.:

Das Dienstleistungsportal des Landes „service-bw“ stellt gemäß § 15 Absatz 4 Nr. 1, Absatz 5 E-Government-Gesetz Baden-Württemberg (EGovG BW) und § 3 OZG ein Nutzerkonto im Portalverbund zur dauerhaften Identifizierung und Authentifizierung der Nutzerinnen und Nutzer zu Zwecken der Inanspruchnahme von Verwaltungsleistungen der öffentlichen Verwaltung bereit. Aktuell können mit dem „Servicekonto“ genannten Nutzerkonto Authentifizierungsvorgänge im Portalverbund und im Dienstleistungsportal des Landes auf hohem Vertrauensniveau mit den deutschen Online-Ausweisen durchgeführt werden. Die deutschen Online-Ausweise sind derzeit der elektronische Personalausweis, der elektronische Aufenthaltstitel und die eID-Karte für EU-Bürgerinnen und EU-Bürger und Angehörige des EWR. Zusätzlich können auf der Online-Dienste-Plattform im Dienstleistungsportal des Landes deutsche Online-Ausweise direkt zur einmaligen Authentifizierung verwendet werden. Der sogenannte „OZG-Hub“ im Dienstleistungsportal des Landes, die Plattform für Online-Dienste, die nach dem „Einer-für-Alle-Prinzip“ im Zusammenhang mit der Umsetzung des OZG bereitgestellt werden, ist sowohl an das Nutzerkonto des Bundes, die Bund.ID, als auch das einheitliche Unternehmenskonto auf Basis von ELSTER, „Mein Unternehmenskonto“, angebunden und bietet somit eine große Vielfalt an digitalen Authentifizierungsmöglichkeiten. Das Dienstleistungsportal des Landes steht allen Landesbehörden, Landkreisen und Kommunen kostenfrei zur Nutzung zur Verfügung.

In der Zuständigkeit des Ministeriums für Ernährung, Ländlichen Raum und Verbraucherschutz kommt im landwirtschaftlichen Bereich primär die Authentifizierung über die bundesweite HIT/ZID-Datenbank zum Einsatz, welche eine entsprechende Komponente zur Verfügung stellt und für einen bestimmten Fachbereich eine einheitliche Lösung darstellt. Darüber hinaus werden in der Regel verfahrensspezifische Lösungen verwendet.

Im Bereich der Kommunikation der Bürgerinnen und Bürger mit der Justiz sind mehrere sicherere Kommunikationswege eingerichtet, insbesondere das besondere elektronische Bürger- und Organisationenpostfach (eBO). Die sicheren Kommunikationswege sind unter I.22. näher dargestellt.

Für die Authentifizierung zur Nutzung des eBO stehen zur Verfügung:

- elektronischer Identitätsnachweis nach § 18 des PAuswG, nach § 12 des eIDKG oder nach § 78 Absatz 5 des AufenthG,
- ein Authentisierungszertifikat, das auf einer qualifizierten elektronischen Signaturerstellungseinheit nach dem Anhang II der Verordnung (EU) Nr. 910/2014 gespeichert ist, oder
- ein nichtqualifiziertes Authentisierungszertifikat, das über Dienste validierbar ist, die über das Internet erreichbar sind.

Auf technischer Seite unterstützt das SAFE-System als universelles, föderiertes Identitätsmanagementsystem die oben genannten Anmeldeverfahren. SAFE ist als übergreifender Dienst für das Identitätsmanagement konzipiert, das von sämtlichen Anwendungen der Justiz und der öffentlichen Verwaltungen als (Basis-) Dienst für die Authentisierung von Nutzerinnen und Nutzern genutzt wird.

Mahnverfahren

Im Bereich der Mahnverfahren können Anträge unter Einsatz der eID-Funktion des Personalausweises, des elektronischen Aufenthaltstitels oder der eID-Karte und der AusweisApp2 gestellt werden.

6. Welche Einsparungspotenziale erwartet die Landesregierung durch die Verwendung einer vertrauenswürdigen digitalen Authentifizierungslösung im Umfeld von Behördenprozessen (im Sinne von einzusparenden Stellen in Vollzeit-äquivalenten)?

Zu I. 6.:

Kurzfristig sind anstelle von Einsparungen bedeutende Investitionen in das Wissen und die Fähigkeiten der Bürgerinnen und Bürger sowie der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Unternehmen und Behörden bzgl. der Verwendung einer vertrauenswürdigen digitalen Authentifizierungslösung im Umfeld von Behördenprozessen erforderlich. Nur mit diesem Wissen und diesen Fähigkeiten können Behördenprozesse rechtlich und organisatorisch im Ablauf vereinfacht sowie gleichzeitig schnell und sicher digital abgewickelt werden. Auch wenn Einsparpotenziale im Bereich von Personalkosten mittelfristig allgemein zu erwarten sind, spielen im gegebenen Kontext zahlreiche, zum Teil unbekannte Faktoren eine Rolle, sodass belastbare Angaben nicht möglich sind.

7. Wie bewertet die Landesregierung das von Estland genutzte Authentifizierungsmodell hinsichtlich Sicherheit, Nutzbarkeit und Implementierung in baden-württembergische Behördenprozesse?

Zu I. 7.:

Das von Estland genutzte elektronische Authentifizierungsmodell ist weithin als sehr sicher und benutzerfreundlich angesehen. Gegenwärtig sind insgesamt sechs estnische eID-Schemata nach der eIDAS-VO mit Vertrauensniveau hoch notifiziert, sodass sich die Notwendigkeit einer eigenen Bewertung erübrigt. Es ist jedoch wichtig zu beachten, dass die Übertragung eines solchen Modells auf ein anderes Land eine umfassende Überprüfung insbesondere der IT-Anforderungen erfordert.

8. Welche alternativen Authentifizierungsverfahren für Unternehmen und Bürgerinnen und Bürger wären aus Sicht der Landesregierung für einen Einsatz in Baden-Württemberg möglich bzw. wünschenswert?

Zu 8.:

Für den Einsatz in Baden-Württemberg sind grundsätzlich alle alternativen Authentifizierungsverfahren für Unternehmen und Bürgerinnen und Bürger möglich, die die Anforderungen der eIDAS-VO erfüllen. Sie sind unter dieser Voraussetzung dann aus Rechtsgründen zu akzeptieren. Außerhalb des Geltungsbereichs der eIDAS-VO sind auf privatrechtlicher Basis eine Vielzahl von auch einfachen Authentifizierungsverfahren denkbar und im Einsatz, die dann allerdings die Rechtswirkungen der eIDAS-VO nicht in Anspruch nehmen können. Bundesweit fehlen einheitliche und notifizierte elektronische Identifizierungsmittel für niedriges bzw. substanzielles Vertrauensniveau gemäß eIDAS-VO.

9. Hat die Landesregierung sich mit dem frei zugänglichen und kostenlosen Open-Source-Code, der von Estland für die Authentifizierung verwendet wird, auseinandergesetzt und falls ja, wie bewertet sie diesen im Hinblick auf eine Übernahme für Baden-Württemberg?

10. Wenn das Land Baden-Württemberg sich für eine Authentifizierungs-Lösung auf Basis des Open-Source-Codes nach estnischem Vorbild entscheiden würde, wie lange würde eine technische Implementierung hierfür dauern bis Bürgerinnen und Bürger sich damit authentifizieren können?

Zu I. 9. und I. 10.:

Die Fragen 9 und 10 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Estland gilt als Vorreiter im Bereich E-Government, weshalb ein Austausch sowie eine Information über das dortige Vorgehensmodell regelmäßig als interessant bewertet wird. Vieles ist jedoch auf die Bundesrepublik Deutschland nicht übertragbar und für das Land nicht in eigener Kompetenz umsetzbar. Unter Verweis auf die Ausführungen in der Vorbemerkung sowie die Ausführungen zur Gesetzgebungskompetenz des Bundes in der Antwort zu Frage I. 12. verzichtet die Landesregierung auf eine Auseinandersetzung mit dem frei zugänglichen und kostenlosen Open-Source-Code, der von Estland für die Authentifizierung verwendet wird.

11. Gibt es darüber hinaus Überlegungen, die digitale Authentifizierung auch für Drittanwendungen in begrenztem Rahmen bei Zustimmung des Unternehmens bzw. der Person verfügbar zu machen?

Zu I. 11.:

Mit der Einführung eines bundesweit einheitlichen Organisationskontos auf Basis der ELSTER-Technologie werden derzeit für Unternehmen die Voraussetzungen für eine digitale Authentifizierung gegenüber Behörden und öffentlichen Stellen geschaffen. Aus Sicht der Landesregierung sind die diesbezüglichen Entwicklungen zu begrüßen. Sofern Unternehmen ihr Einverständnis geben, sollte auch für Anwendungen Dritter eine digitale Authentifizierung und Antragstellung im Auftrag möglich sein.

Die deutschen Online-Ausweise können nach einem allgemein bekannten Vorgehen (<https://www.ausweisapp.bund.de/so-werden-sie-diensteanbieter>) auf verschiedenen Wegen von Drittanwendungen zur Authentifizierung verwendet werden.

12. Welche Rechtsvorschriften müssten auf Landesebene und Bundesebene angepasst werden, um eine digitale Authentifizierungsmethode nach estnischem Vorbild einzuführen?

Zu 12.:

Das Ausweiswesen, welches auch die elektronische Identifizierung und somit auch die digitale Authentifizierung als Nachweis der Echtheit einer Person umfasst, ist nach Artikel 73 Absatz 1 Nummer 3 des Grundgesetzes (GG) Gegenstand der ausschließlichen Gesetzgebung des Bundes. Nur der Bund wäre, sofern ein Bedarf für eine weitere digitale Authentifizierungsmethode neben dem elektronischen Identitätsnachweis des Personalausweises, dem elektronischen Aufenthaltstitel sowie der eID-Karte für EU-Bürgerinnen und EU-Bürger und Angehörige des EWR bestünde, zum gesetzgeberischen Handeln berechtigt.

Eine Anpassung landesrechtlicher Vorschriften für eine digitale Authentifizierungsmethode dürfte sich an den bisherigen Regelungsstandorten für den elektronischen Identitätsnachweis nach § 18 des PAuswG orientieren. Auf diesen wird derzeit in § 3a Landesverwaltungsverfahrensgesetz sowie §§ 2 und 15 EGovG BW Bezug genommen.

13. Inwieweit würde die Einführung einer vertrauenswürdigen digitalen Identität einen Mehrwert für Unternehmen bringen und Behördenprozesse in Baden-Württemberg beschleunigen?

Zu I. 13.:

Mit der Digitalisierung der Verwaltung, welche auch die Implementierung digitaler Authentifizierungsverfahren einschließt, sind weitreichende Potenziale zur Effizienzsteigerung und Beschleunigung von Verwaltungsprozessen verbunden. Gerade durch Möglichkeiten zur vollständigen Automatisierung von Prozessen im Rahmen regelmäßig wiederkehrender Behördenkontakte, sind Entlastungswirkungen für die Wirtschaft zu erwarten. Die Verfügbarkeit digitaler Identitäten leistet hierzu einen wichtigen Beitrag und schafft notwendige Voraussetzungen. Auf die Antwort zu Frage I. 11. wird ergänzend verwiesen.

14. Plant die Landesregierung im Zuge der Entwicklung einer digitalen Authentifizierung auch eine alltagstaugliche digitale Signatur, welche für Rechtsgeschäfte eingesetzt werden kann?

15. Welche Rechtsvorschriften müssten auf Landesebene und Bundesebene angepasst werden, um eine digitale Signatur, etwa nach estnischem Vorbild einer fünfstelligen PIN, einzuführen?

Zu I. 14. und I. 15.:

Die Fragen 14 und 15 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Elektronische Signaturen sind in der eIDAS-VO geregelt. Hierunter fällt auch die genannte estnische Signatur, die als Mobile-ID vom Anbieter SK ID Solutions auf der Basis einer besonderen Mobile-ID SIM-Karte sowie einer fünf- bis achtstelligen PIN auch ein qualifiziertes Zertifikat für eine elektronische Signatur nach Artikel 28 eIDAS-VO nutzen kann, um eine qualifizierte elektronische Signatur zu erstellen.

Der Bund hat zur Ausführung der eIDAS-VO im Jahr 2017 das VDG sowie im Jahr 2019 die Vertrauensdiensteverordnung erlassen. Er hat damit von seiner konkurrierenden Gesetzgebungszuständigkeit nach Artikel 74 Absatz 1 Nummer 11 GG zur Wahrung der Rechts- und Wirtschaftseinheit nach Artikel 72 Absatz 2 GG Gebrauch gemacht. Aufgrund von Artikel 72 Absatz 1 GG hat das Land folglich keine eigene Befugnis zur Gesetzgebung mehr. Planungen der Landesregierung für eine digitale Signatur, welche für Rechtsgeschäfte eingesetzt werden kann, bestehen daher nicht.

16. Welches Bundesland ist im Rahmen der „Einer-für-alle“-Umsetzung für die Erstellung und Bereitstellung von digitalen Authentifizierungslösungen zuständig, unter besonderer Darstellung, wie der Stand der Umsetzung und Übernahme durch andere Bundesländer ist?

Zu I. 16.:

„Einer-für-Alle“-Umsetzungen beinhalten lediglich die Digitalisierung von Verwaltungsleistungen, daher gibt es keine „Einer-für-Alle“-Umsetzung für die Erstellung und Bereitstellung von digitalen Authentifizierungslösungen.

Derzeit sind bundesweit verschiedene Online-Ausweise verfügbar, siehe bereits Antwort zu Frage I. 5.

17. Beteiligt sich Baden-Württemberg an Projekten mit dem Ziel eines Aufbaus von digitalen Authentifizierungslösungen und digitalen Identitäten?

Zu I. 17.:

Bereits seit vielen Jahren bietet Baden-Württemberg mit dem Servicekonto im zentralen Dienstleistungsportal des Landes „service-bw“ eine digitale Authentifizierungslösung an. Diese wird mit Blick auf die föderale IT-Architektur stetig evaluiert und nutzerfreundlich sowie wirtschaftlich weiterentwickelt.

Das Schaufensterprogramm „Sichere digitale Identitäten“ des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz fördert nutzerfreundliche und sichere Lösungen und ist eingebettet in das Vorhaben der Bundesregierung, ein umfassendes Ökosystem für digitale Identitäten zu entwickeln. Alle Bürgerinnen und Bürger in Deutschland sollen die Möglichkeit erhalten, für ihre Erledigungen im digitalen Raum auf vertrauenswürdige Identitätsdaten und elektronische Nachweise zurückgreifen zu können.

Zu nennen ist in diesem Zusammenhang das Projekt SDIKA (Sichere Digitale Identitäten Karlsruhe); eines von bundesweit vier Projekten, die vom Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz im Rahmen des o. g. Wettbewerbs „Schaufenster Sichere Digitale Identitäten“ gefördert werden. Die Stadt Karlsruhe koordiniert das Projekt. Dieses System unterstützt verschiedene Wege, eine Identität zu speichern, sei es eine selbstbestimmte Identität oder eine cloudbasierte Identität. Auch bei diesem Projekt und seinen Anwendungen liegt der Fokus auf dem Nutzen für die Bürgerinnen und Bürger.

Im Zuge des Aufbaus der Digitalen Bildungsplattform für die Schulen Baden-Württembergs wird ferner in Kooperation mit Rheinland-Pfalz ein Identitäts- und Access-Management (IdAM) mit integrierter Zwei-Faktor-Authentisierung umgesetzt.

18. Wie würde die Landesregierung eine solche Struktur für ein digitales Authentifizierungsmodell in der technischen Funktionsweise auf kommunaler, Länders- und Bundesebene umsetzen?

Zu I. 18.:

Die Umsetzung komplexer und komplizierter Authentifizierungsmodelle in einer föderalen Behördenlandschaft muss entsprechend den Anforderungen und Gegebenheiten individuell abgestimmt werden. Daher kann zu hypothetischen Fragen keine konkrete Stellung genommen werden. In Betracht kommt die Einbindung in die zentralen E-Government-Infrastrukturen auf Landes- und Bundesebene.

19. Welche Maßnahmen verfolgt die Landesregierung, um redundante Datenbestände bei Ämtern abzubauen?

Zu I. 19.:

Die Einführung der Elektronischen Akte E-Akte BW in allen unmittelbaren Landesbehörden kann einen Beitrag zur Reduzierung redundanter Aktenbestände haben. Zu Zeiten der papierbasierten Aktenführung war es oft üblich, die Bearbeitung von und Abstimmung zu Akten in elektronischer Form durchzuführen (z. B. per E-Mail) und die Akten parallel zu führen bzw. nachzuführen. Die Einführung einer elektronischen Akte macht diese Redundanz überflüssig, da hier Bearbeitung und Aktenführung weitgehend ohne Redundanz in einem System stattfinden. Aufgrund von Datenschutz- und Datensicherheitskonzepten lassen sich redundante Datenbestände jedoch auch hier nicht gänzlich vermeiden.

Auch in Registern geführte Datenbestände sind oftmals redundant. Sie verbrauchen höhere Speicherkapazitäten und führen zu Inkonsistenzen. Das im April 2021 erlassene Registermodernisierungsgesetz (RegMoG) hat u. a. auch die Verbesserung der Datenqualität der zu einer natürlichen Person gespeicherten Daten in den vom RegMoG betroffenen Registern zum Ziel. In ausgewählten Registern sollen zukünftig bestimmte personenbezogene Basisdaten zusammen mit der Identifikationsnummer (IDNr.) gem. § 139b Abgabenordnung (AO) gespeichert werden. Damit ist eine eindeutige Zuordenbarkeit der Daten natürlicher Personen gewährleistet. Register können so ihre redundanten Datenbestände bereinigen. Die Umsetzung des vom IT-Planungsrat beschlossenen Zielbilds Registermodernisierung erfolgt in dem Bund-Länder-Programm „Gesamtsteuerung Registermodernisierung“ unter Ko-Federführung von Baden-Württemberg.

20. Wie verfolgt die Landesregierung die Schaffung einer Infrastruktur zum Abbau solcher Datenbestände?

Zu I. 20.:

Das RegMoG ist bisher nur in Teilen in Kraft getreten. Noch nicht in Kraft getreten ist insbesondere die Verpflichtung zur Speicherung der IDNr. Der Bund ist dabei zuständig für die Schaffung der technischen Voraussetzungen des Inkrafttretens. Diese sind derzeit in Entwicklung. Ein Rollout-Plan muss noch erarbeitet werden. Bis dahin kann das Land noch keine konkreten Maßnahmen für seinen Zuständigkeitsbereich treffen. Nach Inkrafttreten der entsprechenden Regelungen durch den Bund müssen die registerführenden Stellen innerhalb von fünf Jahren die Zuspicherung der Basisdaten und der IDNr. vornehmen.

21. *Wo sieht die Landesregierung, neben Authentifizierungslösungen und dem Breitband- und 5G-Ausbau, weitere Handlungsbedarfe bei der Schaffung von „Back-End“, also Hintergrundinfrastruktur, auf Landesebene?*

Zu I. 21.:

Aus Sicht der Landesregierung bestehen Bedarfe bei der Hintergrundinfrastruktur insbesondere mit Blick auf eine einheitliche Anwendungslandschaft, einheitliche Betriebsmodelle bei den unterschiedlichen Fachverfahren, Vernetzung der verschiedenen Systeme und entsprechenden Anbindungen auf allen Verwaltungsebenen.

Bedarf für eine geeignete Hintergrundinfrastruktur besteht ferner im Bereich von „Open Data“. Ein Ziel der Digitalisierungsstrategie digital.LÄND ist u. a. die Entwicklung einer Datenstrategie für Baden-Württemberg, deren wesentliches Element das zentrale Open-Data-Portal des Landes für Daten von Kommunen und Landesbehörden sein wird.

22. *Welche Arten der rechtssicheren Kommunikation auf digitalem Weg gibt es im Umgang mit dem Land, dessen nachgelagerten Behörden und Behörden auf kommunaler Ebene, unter besonderer Darstellung, ob es eine Online-Plattform gibt, über die rechtssicher Nachrichten an öffentliche Stellen im Land versandt werden können?*

Zu I. 22.:

Mit service-bw wurde für Baden-Württemberg eine Plattform geschaffen, die die Möglichkeit zur rechtssicheren Kommunikation auf Landesebene bietet. Die E-Akte BW verwendet diese Funktionalität von service-bw direkt zur Kommunikation zwischen Behörden, auch den Behörden auf kommunaler Ebene. Das Servicekonto von service-bw kann von Bürgerinnen und Bürgern auch zur rechtssicheren Kommunikation mit Behörden verwendet werden.

Für den Bereich der Justiz wird hinsichtlich der Kommunikationsinfrastruktur im ERV auf die Antworten zu Fragen I. 4. und I. 5. verwiesen. Die dort bereits genannte sichere Kommunikation mit der Justiz erfolgt insbesondere über folgende Wege:

Besonderes elektronisches Bürger- und Organisationenpostfach (eBO)

Mit Einrichtung eines eBO können Bürgerinnen und Bürger elektronische Dokumente sicher und zuverlässig mit der Justiz austauschen. Die Kommunikation über das eBO stellt einen sogenannten sicheren Übermittlungsweg zur Justiz dar. Es ist nicht nur der verschlüsselte und sichere Versand auch großer Nachrichten gewährleistet, die Nutzung eines eBO ersetzt nach den maßgeblichen Vorschriften dabei zugleich die ansonsten für Prozesserkklärungen vorgesehene Unterschrift und damit den Versand per Papierpost. Nicht nur Einzelpersonen, sondern auch Organisationen, wie Verbände, Vereine oder Unternehmen, können ein eBO einrichten. Damit steht ihnen ein Kommunikationsweg zur Verfügung, der dem besonderen elektronischen Anwaltspostfach (beA), dem besonderen elektronischen Notarpostfach (beN) oder dem besonderen elektronischen Behördenpostfach (beBPo) gleichgestellt ist, also den sicheren Übermittlungswegen für professionelle Einreicherinnen und Einreicher.

Der schriftformersetzende Versand ist möglich, wenn die Postfachinhaberin bzw. der Postfachinhaber beim Versand mit einem der in § 11 Absatz 3 der Verordnung über die technischen Rahmenbedingungen des elektronischen Rechtsverkehrs und über das besondere elektronische Behördenpostfach (ERVV) genannten Authentifizierungsmittel angemeldet ist und dies nachgewiesen wird. Das EGVP ist ebenfalls über service-bw angebunden.

OZG-Nutzerkonto

Nach den derzeitigen Planungen ist vorgesehen, dass Bürgerinnen und Bürger für die Kommunikation mit der Justiz künftig auch das OZG-Nutzerkonto des Bundes verwenden können. Dazu können sie sich mit der Bund.ID registrieren bzw. anmelden. Dieser Kommunikationsweg wird voraussichtlich noch im Jahr 2023 zur Verfügung stehen.

Ergänzend dazu ist der Online-Mahnantrag (<https://www.online-mahnantrag.de>) zu nennen, ein von der Justiz der Länder zur kostenlosen Nutzung zur Verfügung gestelltes interaktives Formular, mit dem der Antrag auf Erlass eines Mahnbescheids im Internet ausgefüllt werden kann. Die Antragsdaten können danach an das zuständige Mahngericht entweder verschlüsselt und signiert über das Internet übermittelt oder auf Papier gedruckt und per Post übersandt werden. Der Online-Mahnantrag richtet sich an Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen und Prozessbevollmächtigte, die keine eigene Mahnsoftware für die Erstellung des Antrags einsetzen.

23. Wie bewertet die Landesregierung den Sachstand und die geplanten Vorhaben des Bundes zur Einführung einer digitalen Identität mit Blick auf Baden-Württemberg?

Zu I. 23.:

Die Landesregierung begrüßt das Vorhaben des Bundes zur Einführung einer digitalen Identität. Vor dem Hintergrund der hohen und komplexen Anforderungen an eine digitale Identität in einer föderalen Behördenlandschaft sind bundesweit einheitliche Vorhaben obligatorisch. Auf die Antwort zu Frage I. 4. wird hingewiesen.

24. Wie bewertet die Landesregierung sogenannte Mobile-IDs, also einen elektronischen Ersatz für den physischen Personalausweis oder Führerschein, hinsichtlich Fälschungssicherheit, Rechtssicherheit, Datensicherheit und Datenschutz?

Zu I. 24.:

Vom Bundesgesetzgeber wurde im Gesetz zur Einführung eines elektronischen Identitätsnachweises mit einem mobilen Endgerät (Smart-eID-Gesetz) der elektronische Identitätsnachweis auf mobilen Endgeräten zugelassen. Die Einrichtung ist freiwillig. Sie steht aktuell noch nicht zur Verfügung. Derzeit arbeiten die zuständigen Stellen des Bundes (Bundesministerium des Innern und für Heimat, Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik, Bundesdruckerei, Deutsche Telekom Security, Governikus und Samsung Electronics) an der (sicherheits-)technischen Bereitstellung der Smart-eID.

Die Landesregierung hat keine eigene Bewertung der Smart-eID hinsichtlich Fälschungssicherheit, Datensicherheit und Datenschutz vorgenommen. Die Ausweisinhaberin bzw. der Ausweisinhaber ist verpflichtet, das Endgerät sicher einzurichten und sorgfältig damit umzugehen. Die Pflichten sind im PAuswG geregelt. Nur bestimmte Endgeräte genügen den spezifischen Sicherheitsanforderungen.

Die Landesregierung geht davon aus, dass die Smart-eID nach ihrer Einführung im Rahmen ihrer Zulässigkeit gemäß § 18 PAuswG rechtssicher verwendet werden kann.

Hinsichtlich des digitalen Führerscheins ist die Landesregierung der Auffassung, dass dieser den Aufwand für Bürgerinnen, Bürger und Behörden erheblich vermindern könnte und ein bedeutender Beitrag zur Verwaltungsvereinfachung wäre. Nach aktuellem Kenntnisstand plant die Bundesregierung bis zum Jahr 2025 den Führerschein zu digitalisieren. Vorgaben für die rechtlich sichere Umsetzung eines digitalen Führerscheins müssen noch getroffen werden.

25. Welche Dienste können bereits mit der Online-Ausweisfunktion des Personalausweises in Baden-Württemberg ausgeführt werden und wo sieht die Landesregierung hierbei Hürden in der Anwendung für Bürgerinnen und Bürger?

Zu I. 25.:

Auf dem Personalausweisportal des Bundesministeriums des Innern und für Heimat kann eine Liste der Anbieter für Anwendungen mit Online-Ausweisfunktion abgerufen werden (https://www.personalausweisportal.de/SiteGlobals/Forms/Webs/PA/suche/anwendungensuche-formular.html?cl2Categories_Region=baden-wuerttemberg).

Aktuell können mit dem Servicekonto im Dienstleistungsportal des Landes service-bw mit den deutschen Online-Ausweisen mittels FINK auch bundesweit Dienste auf hohem Vertrauensniveau ausgeführt werden. Zusätzlich können auf der Online-Dienste-Plattform von service-bw des Landes deutsche Online-Ausweise direkt zur einmaligen Authentifizierung verwendet werden.

Der sogenannte „OZG-Hub“ im Dienstleistungsportal des Landes, die Plattform für Online-Dienste, die nach dem „Einer-für-Alle-Prinzip“ im Zusammenhang mit der Umsetzung des OZG bereitgestellt werden, ist an das Nutzerkonto des Bundes, die Bund.ID, angebunden und ermöglicht ebenfalls die Verwendung der Online-Ausweise.

Aufgrund der Vielfalt an Diensten in der föderalen Servicelandschaft ist eine genaue Auflistung jedes mit der Online-Ausweisfunktion des Personalausweises in Baden-Württemberg ausführbaren Dienstes nicht verfügbar. Über das Dienstleistungsportal des Landes, service-bw, sind zahlreiche Online-Dienste unter Verwendung der Online-Ausweise zugänglich, z. B. zur Anmeldung eines Wohnsitzes oder zur Beantragung einer Meldebescheinigung, einer Geburtsurkunde, einer Ausschankerlaubnis oder einer Waffenbesitzkarte.

Aus dem Bereich der Kommunikation mit der Justiz sind hier das eBO, künftig das OZG-Nutzerkonto und der Online-Mahnantrag zu nennen. Auf die Darstellung dieser Möglichkeiten bei den Antworten zu den Fragen I. 5. und I. 22. wird hingewiesen.

Die Landesregierung sieht Hürden in der Anwendung des Online-Ausweises für Bürgerinnen und Bürger insbesondere in der Komplexität einer hoch sicheren und datenschutzkonformen Authentifizierung sowie in unzureichender Information über die Nutzbarkeit auf mobilen Endgeräten.

II. Fragen zu Digitalisierung der Regierungsarbeit am Beispiel von Estland

1. Welche digitalen Tools verwendet die Landesregierung zur Abstimmung ihrer Positionen und Beschlüsse bzw. auf welche Art und Weise kommen diese zu Stande?

Zu II. 1.:

Nach der Geschäftsordnung der Landesregierung können Sitzungen digital durchgeführt und Beschlüsse digital gefasst werden. Die Beschlussfassung erfolgt auf Abfrage von Herrn Ministerpräsidenten, der die Sitzung leitet.

2. *In welchem Umfang kommen Online-Sitzungen bei Abstimmungsrunden der Kabinettsmitglieder bzw. der Staatssekretäre und Amtschefs zum Einsatz?*

Zu II. 2.:

Die Kabinettsitzungen finden grundsätzlich in Präsenz statt. Die Vorkonferenzen mit den Amtschefinnen und Amtschefs finden in der Regel einmal monatlich in Präsenz und ansonsten als Videokonferenz statt.

3. *Welche digitalen Tools werden von der Landesregierung für Videokonferenzen verwendet?*

Zu II. 3.:

Es werden ausschließlich die von der IT Baden-Württemberg (BITBW) bereitgestellten Videokonferenztools verwendet.

4. *Welche Maßnahmen unternimmt die Landesregierung und hier insbesondere das Staatsministerium, um die Arbeit des Kabinetts papierlos zu gestalten?*

Zu II. 4.:

Um dem Anspruch an eine moderne Regierungstätigkeit in Zeiten der Digitalisierung gerecht zu werden, hat das Staatsministerium sämtliche Abläufe rund um das Kabinett auf Modernisierungsbedarf überprüft. Als Ergebnis wurden in dem Gesamtprojekt „Digitales Kabinett“ vier wesentliche Teilprojekte identifiziert:

- Neufassung der Geschäftsordnung der Landesregierung
- Modernisierung des Verfahrens zur Anmeldung von Kabinettspunkten
- Einführung einer digitalen Kabinettsmappe
- Digitales Gesetzblatt

Bereits umgesetzt ist das Teilprojekt „Neufassung der Geschäftsordnung der Landesregierung“:

Mit Beschluss des Ministerrats vom 26. Juli 2022 wurden folgende Neuerungen in der Geschäftsordnung beschlossen:

- Beschlussfassungen des Ministerrats auch im Rahmen digitaler Sitzungen
- Festlegung der Anforderungen an die Ausfertigung von Rechtsverordnungen
- Etablierung der Textform als grundsätzliche Kommunikationsform in Verfahren im Zusammenhang mit dem Kabinett.

In Umsetzung befindet sich das Teilprojekt „Digitales Gesetzblatt“. Wegen Einzelheiten wird auf die Antwort zu Frage II. 5. Bezug genommen.

In Umsetzung befindet sich außerdem das Teilprojekt „Einführung einer digitalen Kabinettsmappe“. Für Sitzungen des Kabinetts werden derzeit den Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus dem Staatsministerium probeweise die Unterlagen papierlos auf einem Tablet zur Verfügung gestellt. Die erforderliche Software wird durch die BITBW betreut. Das Hosting erfolgt gleichfalls bei der BITBW. Perspektivisch soll die papierlose Lösung auch den anderen Ressorts im Laufe des Jahres 2023 ermöglicht werden. Voraussetzung ist, dass die Nutzung über einen längeren Zeitraum erfolgreich erprobt worden ist. Das Staatsministerium selbst arbeitet seit Juli 2022 erfolgreich mit der aktuellen Softwarelösung der digitalen Kabinettsmappe.

Ebenfalls umgesetzt ist das Teilprojekt „Modernisierung des Verfahrens zur Anmeldung von Kabinettpunkten“. Die Anmeldung der Kabinettt Themen seitens der Ressorts hat seit August 2022 ausschließlich über die bereits zuvor in Benutzung befindliche Fachanwendung „Vorhabenplanung der Landesregierung“ (VdL) zu erfolgen, die entsprechend angepasst wurde.

5. Wie ist der Stand bei der rein elektronischen Veröffentlichung des Landesgesetzblattes in Baden-Württemberg?

Zu II. 5.:

Als ersten Schritt zur Einführung des „Digitalen Gesetzblattes“ bedurfte es einer Änderung der Landesverfassung. Diese Verfassungsänderung erfolgte im Frühjahr 2022: Mit der Ergänzung des Artikel 63 Landesverfassung durch einen Absatz 5 kann nun durch Gesetz ein digitales Gesetzblatt eingeführt werden. Das Staatministerium strebt nun die Einführung des digitalen Gesetzblatts im Jahr 2024 an.

Strobl

Minister des Inneren,
für Digitalisierung und Kommunen